Gleiches gilt für das Verbot von Verunreinigungen nach § 21 der Straßenreinigungsverordnung.

3. Straßenverkehrsrecht

Die straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften ermächtigen die Stadt Nürnberg nicht zum Erlass eines Rauchverbotes an Haltestellen.

Das Straßenverkehrsgesetz (StVG) hat in § 6 StVG nur die zuständigen Bundesministerien, nicht aber die unteren Verkehrsbehörden zum Erlass von Rechtsverordnungen ermächtigt. Auch die Straßenverkehrsbehörden selbst werden durch die StVO nicht zum Erlass von Rauchverboten ermächtigt.

Möglicherweise kann über § 6 Abs. 1 Nr. 3 StVG der Bund durch Änderung der Straßenverkehrsordnung (StVO) den unteren Verkehrsbehörden die Möglichkeit geben, Rauchverbote auch für Teile des öffentlichen Straßenraum zu erlassen.

Hiernach wird das zuständige Ministerium ermächtigt, Rechtsverordnungen zu erlassen über: „ 3. die sonstigen zur Erhaltung der Sicherheit und Ordnung auf den öffentlichen Straßen, für Zwecke der Verteidigung, zur Verhütung einer über das verkehrsübliche Maß hinausgehenden Abnutzung der Straßen oder zur Verhütung von Belästigungen erforderlichen Maßnahmen über den Straßenverkehr ..“. Zur „Verhütung von Belästigungen“ sind somit Rauchverbote im Haltestellenbereich, etwa im Bereich der Wartehäuschen denkbar. Allerdings bedürfte es hierzu, wie ausgeführt, zunächst einer Änderung der Straßenverkehrsordnung.

Aus § 1 Abs. 2 StVO ergibt sich unmittelbar kein allgemeines und generelles Rauchverbot an Haltestellen des ÖPNV. Diese Bestimmung lautet: „Jeder Verkehrsteilnehmer hat sich so zu verhalten, dass kein Anderer geschädigt, gefährdet oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird.“

Diese Bestimmung schützt auch den Fußgänger. Die Verpflichtung zur Rücksichtnahme kann im Einzelfall durch ein Rauchen im Haltestellenbereich verletzt werden. Ein generelles Rauchverbot jedoch lässt sich aus dieser Bestimmung nicht ableiten.